



Schön, dass sich jetzt alle Sorgen um die Bundeswehr machen

Von Mängellisten und Erinnerungsmängeln

Seit gut zwei Wochen vergeht kein Tag, an dem nicht Tränen über die Lage der Bundeswehr vergossen werden. Sogar Gregor Gysi, dessen Partei der Linken das Ende von Nato und Bundeswehr auf dem Programm hat, schlägt eine Mittelumverteilung zur besseren Landes- und Bündnisverteidigung vor. Hat Deutschland diese Freundlichkeit gegenüber der Armee dem Islamischen Staat oder gar Wladimir Putin zu verdanken?

An einem spätsommerlich warmen Montag verkündete jüngst Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen eine eiligst zusammengezimmerte „Mängelliste“. Sie hatte ein „unabhängiges Expertenteam“ mit deren Erstellung beauftragt. Neun Projekte mit einem Volumen von mehr als 50 Milliarden Euro wurden durchleuchtet. Der Steuerzahler erschrickt angesichts solcher Zahlen. Was bezweckt die agile Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt mit der Liste? Will sie das Parlament bei den laufenden Budgetberatungen unter Druck setzen?

Sie ist plötzlich selbst unter Druck geraten. Anspruch und Wirklichkeit scheinen nicht mehr zusammenzupassen. Der Anspruch lautet: Wir machen Weltpolitik, auch mit Streitkräften. Die Wirklichkeit scheint zu lauten: Aufschneiderin, Verantwortungslosigkeit. Wir können ja gar nicht – obwohl wir doch sowieso auch nicht dürfen wollen, frei nach Karl Valentin.

Muster Pannenflughafen Berlin

Die Republik lebt von Aufregern. Einmal ist es die Unsicherheit der Renten, ein andermal ein Landwirtschaftsskandal, ein drittes Mal ein Atomproblem. Dann gibt es den „Pannenflughafen Willy Brandt Berlin“. Alle Welt durfte über die plötzlich ungeliebte Hauptstadt und über den plötzlich untragbaren Klaus Wowereit herziehen. Seit dieser den Rückzug aus der Politik angekündigt hat, musste ein neuer Aufreger her. Von der Leyen war schon lange im Visier, ob ihrer angeblichen Kanzlergelüste natürlich von allen Seiten.

In der Tat: eigentlich ist das Verteidigungsministerium nur zu leiten, wenn man jahrelange Erfahrung mitbringt. Der Umgang mit den Soldaten und mit dem Zivilpersonal muss gelernt sein, die technische Ausstattung muss einigermaßen bekannt sein, die Beschaffungslogik großer Projekte muss durchschaut werden. Es gibt ungezählte Gremien, die sich mit allem befassen, an der Schnittstelle von Bundeswehr und Industrie ebenso wie im Parlament. Der Verteidigungsausschuss und vor allem der Haushaltsausschuss haben lange Erfahrung im Detail. Eine Sondergruppe von Berichterstattern weiß umfangreich Bescheid – aber das politische Streitgeschäft bleibt bestehen. Jeder belauert jeden. Eine Große Koalition gibt noch

lange nicht Gewähr, dass die Berichterstatter am gemeinsamen Strang ziehen. Und dann sind da auch noch die Medien, die gefüttert werden wollen und von denen man bei Gelegenheit eine positive Erwähnung erwartet.



Leber und Rühle – pannenfreie Leitung des Verteidigungsministeriums

Das ist die Gemengelage der derzeitigen Bundeswehr-Diskussion. Es könnte ja auch eine neu entdeckte Tendenz zum Rechtsextremismus in der Bundeswehr geben, so wie 1998, als man den Wahlkampf spicken und den sonst erfolgreichen Minister Volker Rühle attackieren wollte, oder auch eine Skandalgeschichte wie den Tod einer Soldatin auf der „Gorch Fock“. Später, wenn die Anschuldigungen in sich zusammenbrechen, ist ja längst eine neue Lage eingetreten, eventuell mit neuem Personal. Warum aber jetzt die Gesamtlage der Bundeswehr? Will man dieser helfen, will man sie zerstören?

Jedenfalls geht man mit dem Groß-Thema „Sicherheit der Nation“ marktschreierisch und damit unverantwortlich um. Ist es nicht geradezu eine Einladung, wenn sogar die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands an sich in Frage gestellt wird? Und das angesichts neuer Krisenherde in der Nähe, im europäischen Osten und im Nahen Osten? Da müssten zumindest die Bundestagsfraktionen ein Machtwort sprechen und Dampfplauderer zurückpfeifen. Auch ehemalige Generalinspektoren mit ihren Fernseh-Sorgenfalten sind kaum hilfreich. Man stelle sich vor: Ehemalige Polizeipräsidenten würden in die Medien gehen und wegen Ausrüstungsmangels der Polizei eine fehlende Abwehrfähigkeit gegen Hells Angels, Mafia oder Salafisten beschwören. Das wäre die Einladung zur allgemeinen Vogelfreiheit.

Pannflugzeug Eurofighter?

Fehler müssen erkannt und abgestellt werden, richtig. Aber unter so großem Getöse wie bei der Bundeswehr? Selbstverständlich steht auch der Eurofighter wieder am Pranger. Es heißt, infolge der technischen Schwachstellen an den ersten 33 ausgelieferten Flugzeugen könnte sich die Lebensdauer dieser Kampfflugzeuge verkürzen. Weitere Kostensteigerungen drohten durch Reparaturen. Der SPD-Teil der Bundesregierung und die Opposition schimpfen, dass die Industrie nicht zur Verantwortung gezogen wird, wenn sie für Mängel, für Verzögerungen, für Verteuerungen verantwortlich sei, und zwar nicht bloß beim Eurofighter, sondern auch beim Transportflugzeug A400M, bei Panzern, Hubschraubern und Schiffen. Wie sieht die Wahrheit aus?

Das „Geschäft mit der Rüstung“ ist nicht bloß in Deutschland umstritten. Doch hier zieht sich nach den Erfahrungen der eigenen Geschichte ein dicker Faden durch die Debatte. Seit den Zeiten von Franz Josef Strauß, Verteidigungsminister von 1957-1963, wird die Rüstung verdächtigt. Dass mit dem „Starfighter“ ein tödliches Instrument für die eigene Truppe besorgt wurde, war Wasser auf die Mühlen der zahlreichen FJS-Gegner. Mit dem anderen Flugzeug, Phantom, wurde es nur wenig besser, mit dem Tornado auch, vor allem weil teuer eingekauft werden musste. Da kam ab den 1980er Jahren den einen die Entwicklung eines neuen Flugzeugs „European Fighter Aircraft“ (EFA), später „Eurofighter“ genannt, wegen des Bündnischarakters und der deutschen Produktionsbeteiligung gerade recht. Den anderen aber klang ein „Kampfflugzeug“ nicht mehr zeitgemäß, denn mit gewaltigen Friedensdemonstrationen schien eine effektivere Verteidigung zu erreichen zu sein als mit Waffengerät. Es verging damals auch keine Bundestagsdebatte, dass nicht die Abgeordnete Ingrid Matthäus-Maier (1982 nach dem Regierungswechsel von der FDP zur SPD gewechselt) die Flugzeugentwicklung anprangerte. Auch Helmut Kohl schien abzurücken. Der Erstflug aber kam 1994 zustande und die Serienproduktion begann 2003, unter einem SPD-Bundeskanzler. Logik bei allem: gäbe es den Eurofighter nicht, gäbe es jetzt auch keine Mängel – aber auch kein Kampfflugzeug mehr. Wir gingen im Ernstfall borgen, wie bei den Transportflugzeugen. Dass mit dem Eurofighter dreißig Jahre geplant, umgeplant, verworfen, ausgerüstet, umgerüstet und zweckverändernd beschafft wurde, gehört zur Wahrheit. Aus einem spritzigen Kampfflugzeug wurde ein allwetterfähiges Mehrzweckkampfflugzeug. Aber das lag nicht an einer gewinnsüchtigen und verlogenen Industrie, sondern an den politischen Wechselfällen.

Von der Leyen glaubte jetzt, „am Anfang würden die Rüstungsvorhaben schlank gelogen“. Sie will „aufräumen“, ließ sie durchblicken. Der Rat eines Insiders, der lange Jahre im Haushaltsausschuss, im Verteidigungsausschuss und im Verteidigungsministerium Einblick hatte: setzen Sie sich mit den richtigen Experten zusammen und lassen Sie das laute Tönen. Sie tun der Bundeswehr, der deutschen Verteidigungsverantwortung und sich selbst den wahren Gefallen. Unaufgeregt, wie beispielsweise jüngst der Kommandeur des Panzergrenadierbataillons 112 in Regen, das oft im Auslandseinsatz steht. Statt zu jammern äußerte er: *„derzeit keine Probleme bei der eigenen Einsatzbereitschaft“*.

Der Autor ist erreichbar unter mail@drklausrose.de.